

Die **SPD** hat am 8. 2. 2015 bei ihrer Jahresauftaktklausur in Nauen folgenden Beschluss gefasst:

1. Sozialdemokratische Friedens- und Entspannungspolitik

Die aktuellen gemeinsamen Bemühungen von Bundeskanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Hollande begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Es muss in den kommenden Tagen darum gehen, konkrete Fortschritte für eine dauerhafte und verlässliche Waffenruhe zu erreichen, um so die Grundlage für weitere politische Friedensverhandlungen in der Ostukraine zu legen. Insbesondere die russische Führung ist jetzt aufgefordert, in ernsthafte und konstruktive Verhandlungen einzusteigen und ihre Möglichkeiten zu einer Beruhigung der Lage vollständig zu nutzen.

Für uns ist klar: Für diesen Konflikt kann es keine militärische Lösung geben. Die Lieferung von Waffen trägt nicht zur Entschärfung des Konfliktes bei. Deshalb wird es mit der **SPD** keine Waffenlieferung in die Ukraine geben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht seit ihrer Gründung vor mehr 150 Jahren für eine Politik des Friedens und der internationalen Verständigung. Entstanden in der Ära des Imperialismus und der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat die Sozialdemokratie ihre Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer auch als internationalen Auftrag für eine gerechte Friedensordnung verstanden. Mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im 20. Jahrhundert ihren Widerstand gegen den nationalsozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg mit Haft, Verfolgung und Tod bezahlt.

Die sozialdemokratische Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre öffnete in Deutschland das Bewusstsein dafür, welche unvorstellbaren Opfer die damalige Sowjetunion bei der Niederringung von Hitler und der Befreiung von Auschwitz erbracht hatte. Sie begann in Moskau und nahm anschließend die Aussöhnung mit Polen und der damaligen Tschechoslowakei in den Blick. Dass die Deutschen heute als „Volk der guten Nachbarn“ in Europa leben können, so die Formulierung Brandts in seiner ersten Regierungserklärung 1969, verdanken wir seiner Entspannungspolitik. Sie hat bis heute nichts von seiner Bedeutung verloren. Zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gehören heute nicht nur Russland, sondern auch die unabhängigen Staaten Ukraine und Weißrussland – und auch ihre Völker haben, wie das russische, unvorstellbare Opfer erleiden müssen. Auch ihnen gegenüber tragen wir Verantwortung.

Nach 1945 sind viele Sozialdemokraten in der DDR und in den Staaten Mittel- und Osteuropas bei Gefahr für ihr Leben gegen die Unterdrückung durch die kommunistische Gewaltherrschaft eingetreten. Gegen Diktatur, Willkür und Gewalt, für Freiheit, Demokratie und eine friedliche Lösung von Konflikten – in dieser Linie hat die **SPD** eine Politik der Entspannung entwickelt. Sie war klar im Grundsatz, aber offen und beweglich in den Mitteln und Wegen. Dies leitete einen „Wandel durch Annäherung“ ein.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts.“

Dieser Satz Willy Brandts ist und bleibt unverändert ein Leitsatz sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, die territoriale Integrität der Staaten, der allseitige Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt mit dem Prinzip der Selbstbestimmung waren Ausgangspunkt und Kern des KSZE-Prozesses.

Helmut Schmidt hat als Bundeskanzler an der Verabschiedung der 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) großen Anteil gehabt. Darin heißt es:

„Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von ihr umschlossenen Rechte achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit. Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen.“

„Die Teilnehmerstaaten werden sich dementsprechend jeglicher Handlung enthalten, die eine Gewaltandrohung oder eine direkte oder indirekte Gewaltanwendung gegen einen anderen Teilnehmerstaat darstellt.“

„Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.“

„Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“

Die Berufung auf diese Prinzipien ermöglichten und begleiteten die friedlichen Revolutionen in Osteuropa und führten nach dem Fall der Mauer hinüber in eine Ära der Partnerschaft mit einer Vielzahl von Abkommen zwischen Russland, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der EU, in die mit Polen an vorderer Stelle neue Mitglieder strebten. Mit der Verabschiedung der Charta von Paris 1990 ist es den Staaten Europas einschließlich Russlands und den USA nach der Vereinigung Deutschlands und dem Ende der Block-Konfrontation gelungen, eine verbindliche Vereinbarung zur Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung zu schließen.

Die Erweiterung der Europäischen Union 2004 vierzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs um die Staaten Mittel- und Osteuropas war und ist eine beispiellose politische, wirtschaftliche und kulturelle Erfolgsgeschichte. Davon hat das vereinigte Deutschland in besonderer Weise profitiert. Wir tragen heute besondere Verantwortung, eine neue politische Antwort auf die Krise zu entwickeln.

2. Die Grundlinien unserer Außenpolitik in der Ukraine-Krise

Die Grundlegung der deutschen und europäischen Russlandpolitik bedarf einer ungeschminkten Bestandsaufnahme: Wir stecken zweifelsohne in der schwersten, sogar den Frieden bedrohenden Krise Europas seit dem Ende des Kalten Krieges. Die russische Regierung hat fundamentale Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung in Frage gestellt und damit auch der Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Modernisierungspartnerschaft die Grundlage entzogen. Kulminationspunkt dafür ist aus unserer Sicht die russische Annexion der Krim und die militärische Infiltration der Ostukraine.

Zusammen mit seinen europäischen Partnern hat sich Deutschland in der Ukraine-Krise intensiv für eine Vermittlung und Deeskalation engagiert. Die Außenminister Deutsch-

lands, Polens und Frankreichs haben schon im Februar vor einem Jahr in Kiew zwischen den Demonstranten und dem damaligen Präsidenten Janukowitsch vermittelt, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – die Nachfolgeorganisation der KSZE – hat eine führende Rolle bei der Verabredung eines Waffenstillstands und bei der Überwachung und Entflechtung der militärischen Gruppen übernommen. Auch für die Kontaktgruppe, in der Separatisten und die ukrainische Regierung über die Lage in der Ostukraine beraten, hat Deutschland in enger Kooperation mit europäischen Partnern immer wieder Impulse gegeben.

Aber wir haben auch nicht gezögert, die Eskalationsschritte der Konfliktbeteiligten zu verurteilen und eindeutige Stoppsignale zu senden. Diese richteten sich vor dem Hintergrund konfliktverschärfender Maßnahmen in erster Linie an die Regierung Putin. Dazu gehören zum einen die Beschlüsse der Nato bei ihrem Gipfel im September 2014 in Wales, in die die begründeten und vor dem Hintergrund der Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehbaren Sicherheitsinteressen der mittel- und osteuropäischen sowie der baltischen NATO-Mitgliedstaaten Einfluss gefunden haben. Dazu gehören aber auch die Sanktionsentscheidungen der Europäischen Union. Deutschland handelt im engen Schulterschluss mit seinen Verbündeten. Diese Geschlossenheit ist unsere größte Stärke. Im Moment der Herausforderung zeigt sich, welchen Wert Deutschlands Einbindung in EU und Nato hat. Wir handeln gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern. Ein Ausscheren einzelner Staaten etwa in der Frage der Sanktionen würde Zweifel an unserer Entschlossenheit nähren und unsere Gestaltungschancen reduzieren. Zugleich haben wir uns immer wieder dafür eingesetzt, dass Gesprächskanäle offengehalten bleiben und der NATO-Russland-Rat nicht abgeschafft wird.

Die deutsche Außenpolitik setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die Vereinbarungen der aus Ukraine, Russland und der OSZE bestehenden trilateralen Kontaktgruppe umzusetzen. Das „Minsker-Protokoll“ vom September 2014 sieht gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplanes des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und der Initiativen des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor. Es gilt, die Einhaltung des Waffenstillstands, die Entflechtung der Truppen, den Abzug ausländischer Waffen und Soldaten aus der Ostukraine, die internationale Überwachung der russisch-ukrainischen Grenze ebenso zu gewährleisten wie den nationalen Dialog in der Ukraine über die Dezentralisierung und die lokale Selbstverwaltung einschließlich von Kommunalwahlen.

Eine Rückführung und Aufhebung von Sanktionen kommt in Betracht, sobald die russische Regierung und die Separatisten die Vereinbarungen von Minsk umsetzen.

3. Eine Doppelstrategie für die Sicherung des Friedens

Unsere Politik muss angesichts der neuen Konfrontation zwei strategische Ankerpunkte setzen:

Erstens müssen Repression und Gewalt im Gewand nationalistischer Rhetorik, Verletzung des Völkerrechts, militärische Subversion und Annexion zur Durchsetzung von geopolitischen Machtansprüchen unzweideutig zurückgewiesen, entmutigt und eingedämmt werden.

Zweitens aber brauchen wir ausgehend von dieser Standfestigkeit auch die Klugheit, die momentan von der Bildfläche verdrängten langfristigen Interessen der Kontrahenten zu

erkennen und daraus neue verbindende Zukunftsperspektiven abzuleiten. Der politische Horizont unserer Strategie muss weiter gesteckt sein, als die akute Konfrontation zu sehen erlaubt. Der vorausschauende und transformative Charakter in den Mitteln und Wegen unserer Außenpolitik ist von besonderer Bedeutung.

Die Sicherung des Friedens kann nur gelingen, wenn wir auf der Basis europäischer und internationaler Prinzipien mit Russland zu einer Politik der Kooperation zurückkommen können, die die legitimen Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik formuliert Angebote für faire und friedliche Zusammenarbeit. Sie bezieht dabei auch den sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit ein. Die Europäische Union und Deutschland dürfen das europäische Russland nicht aufgeben. Unser Ziel bleibt die Einbindung Russlands in gesamteuropäische politische, wirtschaftliche und Sicherheitsstrukturen.

Wir haben ein Interesse an einem Russland, das sich an der Lösung internationaler Konflikte und Herausforderungen, wie im Nahen und Mittleren Osten, in Syrien und dem Irak beteiligt. In den Gesprächen über das iranische Atomprogramm übernimmt Russland eine konstruktive Rolle, die wir begrüßen.

Wir haben darüber hinaus ein Interesse, dass Russland in die Gestaltung des Welthandels auf Augenhöhe einbezogen wird. Europa braucht nicht nur enge Bindungen an die USA, sondern partnerschaftliche Beziehungen auch zu Russland und den anderen östlichen Nachbarn. Die globale Verschiebung zugunsten der politisch selbstbewusst auftretenden Wirtschafts- und Handelsmächte des asiatisch-pazifischen Raumes zeigen, dass es unsere Interessen in der fortschreitenden globalen wirtschaftlichen Integration verlangen, dass Europa mit den USA und Russland in einem Geist der Partnerschaft handelt.

Wir sollten uns der Chancen bewusst werden, die eine handelspolitische Initiative für Gespräche zwischen der EU und der gerade gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion bietet. Dieses Projekt zeigt die Zukunftsperspektive einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Eine solche Vision setzt die Achtung des demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung der Ukraine und der anderen Länder der östlichen Nachbarschaft der EU voraus. Ziel sind Verhandlungen über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, an denen neben EU und Eurasischer Wirtschaftsunion alle Staaten dieses Raums beteiligt wären.

Nicht zuletzt hat Europa ein großes Interesse an einer stabilen Ukraine. Die Ukraine selbst hat ein eigenes Interesse an der Perspektive der friedlichen Kooperation. Hin- und hergerissen zwischen der falsch gestellten Alternative „Europa oder Russland“ steht das Land vor der großen Herausforderung, das politische System zu modernisieren, die Korruption zu bekämpfen, die Einheit und territoriale Integrität des Landes zu fördern und den wirtschaftlichen Aufbau aller Landesteile zu leisten. Seine geografische Lage und die traditionell zugleich engen Beziehungen zu Russland und den heutigen Mitgliedstaaten im Osten der EU verlangen, dass die Beziehungen und Zugänge zum russischen ebenso wie zum europäischen Binnenmarkt offen bleiben.

Am 1. August 2015 jährt sich die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte zum 40. Mal. Europa hat sich seither dramatisch verändert. Doch die Prinzipien von Helsinki haben nichts von ihrer Bedeutung und Aktualität eingebüßt. Um die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen an einer Wiederbelebung der Partnerschaft für Stabilität in Europa zu unterstreichen, wollen wir dieses Datum würdigen.

4. Fahrplan unserer Diskussion

- Im Jahr 2015 beginnen wir den Austausch mit den sozialdemokratischen Parteien und unseren politischen Partnern in Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Europas (**SPÉ**), um für eine neue Ost- und Entspannungspolitik zu werben. Dabei legen wir besonderen Wert auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Format des „Weimarer Dreiecks“.
- Wir nehmen dieses Gespräch auch in der internationalen Parteienfamilie der „Progressive Alliance“ auf, um die internationale Unterstützung zu verbreitern.
- Im ersten Halbjahr 2015 werden wir mit unseren internationalen Partnern einen Kongress „Die Strategie des Friedens – Für eine neue Ost- und Entspannungspolitik“ organisieren.
- Zum 1. August wollen wir den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte würdigen.
- Im September 2015 wollen wir die Ergebnisse der Diskussionen auf dem „Perspektivkongress“ der **SPD** öffentlich vorstellen.
- Der Bundesparteitag im Dezember 2015 wird einen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik beraten.